

# FlüchtlingsRAT NRWe.V.

## Newsletter Februar 2021

### **Liebe Leserinnen und Leser!**

*Vor einem Jahr wurden im hessischen Hanau neun Menschen wegen ihres vermeintlichen oder tatsächlichen Migrationshintergrundes ermordet. Es war der traurige Höhepunkt einer Reihe von rassistisch motivierten Angriffen in den letzten Jahren. Die von rechter Gewalt ausgehende Gefahr sei für Migrantinnen dauernd präsent, so Farhad Dilmaghani vom Think Tank „Deutsch Plus“ laut einem Artikel der Tagesschau vom 19.01.2021. Es gebe sogenannte „No-Go-Areas“, in die sich Menschen aus Angst vor rassistischen Bedrohungen gar nicht erst hineinwagen würden. Die Bundesregierung habe in den letzten Jahren 89 Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus getroffen, beispielsweise im Bereich der politischen Bildung. Doch diese würden nicht ausreichen, so Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena gegenüber der Tagesschau. Es fehle an Geld und einer Gesamtstrategie. Wie das MIGAZIN am 22.02.2021 berichtete, sei die Anzahl an fremdenfeindlich motivierten Straftaten in NRW 2020 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, es seien 1.267 Straftaten im Jahr 2020 gezählt worden. Dies gehe aus Antworten des NRW-Innenministeriums auf mehrere Kleinen Anfragen der Grünen-Landtagsfraktion hervor.*

*In diesem Newsletter berichten wir erneut über die desaströsen Verhältnisse in den Flüchtlingslagern auf Lesbos und in Bosnien. Wir stellen den Pushback-Report der Organisation Mare Liberum vor und informieren über neueste Entwicklungen zu Abschiebungen aus Deutschland. In eigener Sache kündigen wir eine Fragebogenaktion zur Unterbringungssituation von Flüchtlingen in NRW an und rufen zur Unterstützung unseres Appells an die Landesregierung auf, digitale Teilhabe für Flüchtlinge zu gewährleisten.*

*Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen@fnrw.de](mailto:initiativen@fnrw.de). Unter [www.fnrw.de](http://www.fnrw.de) könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.*

## Dramatische Zustände in den europäischen Flüchtlingslagern

Nach wie vor sind die Verhältnisse im bosnischen Flüchtlingslager Lipa bei Bihac, über die wir bereits im letzten Newsletter berichteten, desaströs. Nach dem Brand im Dezember letzten Jahres wurden notdürftig Zelte errichtet, die keinen ausreichenden Schutz vor der Kälte des bosnischen Winters bieten. Wie Deutschlandfunk Kultur am 11.02.2021 berichtete, werden Menschen bei dem Versuch, von Bosnien aus die kroatische Grenze zu überqueren, von der kroatischen Polizei gewaltsam zurückgewiesen. Auch würden sich andere bosnische Gemeinden weiterhin weigern, die Schutzsuchenden aufzunehmen. Somit seien die Menschen gezwungen, ohne Perspektive in Lipa auszuharren.

Einem Bericht des Spiegels vom 11.02.2021 zufolge sind auch in dem Flüchtlingslager Kara Tepe auf Lesbos die Bedingungen äußerst prekär. Besonders die Kinder litten unter Unsicherheit, Kälte und Angst. Ohne einen sicheren und geborgenen Ort neigten die traumatisierten Kinder zu selbstschädigendem Verhalten, äußert die Kinderpsychologin Katrin Glatz – Brubakk, die im Rahmen von Ärzte ohne Grenzen Frauen und Kinder auf Lesbos betreut, gegenüber dem Spiegel. Weiter heißt es in dem Artikel, dass Schätzungen von Ärzte ohne Grenzen zufolge 70 bis 80 Prozent der Kinder in Kara Tepe psychologische Hilfe bräuchten. Einige seien so mutlos, dass sie nicht mehr allein essen könnten oder gänzlich verstummen. Die Hoffnungslosigkeit gehe so weit, dass sich im Jahr 2020 in fünfzig Fällen Kinder das Leben nehmen wollten.

Der Marburger Psychologe Prof. Dr. Ulrich Wagner warnte am 06.01.2021 in einem offenen Brief vor den verheerenden Auswirkungen der desolaten Zustände in den Flüchtlingslagern auf die menschliche Psyche. Laut Aussage von Wagner in einem Bericht des MIGAZINs vom 08.02.2021 sind über 400 Psychologinnen aus ganz Europa Mitunterzeichnerinnen des Briefes. Depressionen, Angstzustände, post-traumatische Stresssymptome und erhöhte Suizidalität seien Folgen der unwürdigen Behandlung, die Flüchtlingen widerfahre. Darüber hinaus verhindere das permanente Erfahren von Ausgrenzung und Ablehnung eine Identifikation mit der Gesellschaft, deren Teil sie eigentlich werden wollen und sei so Nährboden für politischen Extremismus. Entscheidungsträgerinnen seien in der Verantwortung, einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen zu gewährleisten.

Angesichts dieser dramatischen Zustände nehmen Forderungen zu, in Deutschland mehr Flüchtlinge aus den Lagern in Griechenland und dem Balkan aufzunehmen. Die evangelische Kirche im Rheinland veröffentlichte am 12.02.2021 einen Appell der evangelischen Kirchen in NRW an die nordrhein-westfälische Landesregierung. Es solle ein Landesaufnahmeprogramm zur Aufnahme von zusätzlichen 2000 Schutzsuchenden geschaffen werden. Die Gemeinden und diakonischen Werke seien bereit, die Aufnahme und Integration zu unterstützen, so Jan-Dirk Döhling, Dezernent für Gesellschaftliche Verantwortung in der Evangelischen Kirche von Westfalen. Auch auf kommunaler Ebene besteht vermehrt Bereitschaft, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Mittlerweile haben sich 232 Städte in Deutschland zu einem „Sicheren Hafen“ erklärt.

*Deutschlandfunk Kultur: Der Streit um das bosnische Camp Lipa. Symbol des Versagens*

*Der Spiegel: Flüchtlingslager Lesbos. „Kinder reißen sich die Haare aus und knallen den Kopf gegen die Wand“*

*Forum Friedenspsychologie: Treatment of refugees – open letter*

Evangelische Kirche im Rheinland: Landeskirchen fordern Aufnahme weiterer Flüchtlinge

Seebrücke: Alle Sicherer Häfen

Erhebliche Zunahme an Pushbacks im Jahr 2020

Die Menschenrechtsorganisation Mare Liberum hat Anfang Februar ihren Pushback-Report für das Jahr 2020 veröffentlicht. Mare Liberum beobachtet und dokumentiert sogenannte Pushbacks in der Ägäis, bei denen Flüchtlingsboote, die die griechisch-türkische Grenze passieren möchten, von der griechischen Küstenwache in türkische Gewässer zurückgedrängt werden. Das Vorgehen sei häufig mit massiver physischer und psychischer Gewalt verbunden. So würden beispielsweise die Boote der Flüchtenden sabotiert und manövrierunfähig gemacht, damit ein erneutes Überqueren der Grenze unmöglich wird. In einigen Fällen seien Flüchtlinge sogar von griechischen Inseln zurück in türkische Gewässer gebracht und dort ausgesetzt worden. Den Betroffenen werde so das Recht auf ein Asylverfahren und internationalen Schutz verwehrt. Derartige Pushbacks sind illegal, die EU-Staaten sind dem Grundsatz der Nichtzurückweisung (non-refoulement) verpflichtet, müssen also jedem Menschen, der in ihr Land einreist, die Möglichkeit gewähren, Asyl zu beantragen. Auch die stellvertretende UN-Flüchtlingshochkommissarin Gillian Triggs verurteilte den Verstoß gegen diesen Grundsatz an den europäischen Außengrenzen scharf und erinnert an die rechtliche Verpflichtung, individuell den Schutzbedarf von Flüchtlingen zu prüfen, wie der UNHCR am 28.01.2021 auf seiner Website mitteilte.

Laut dem Bericht von Mare Liberum nahm im Jahre 2020 die Anzahl an Pushbacks dramatisch zu. Es seien 9.798 Menschen zurückgedrängt worden, insbesondere während der Sommermonate seien Pushbacks tägliche Praxis gewesen. Verantwortlich sei neben der griechischen Küstenwache die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Diese sei seit Jahren in Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen involviert, könne aber aufgrund mangelnder Kontrollinstanzen weitestgehend ungestört agieren. Seit Januar ermittele die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF gegen Frontex und Frontex-Chef Fabrice Leggeri, wie die Tagesschau am 14.01.2021 berichtete.

Auch ein deutsches Schiff der Bundespolizei sei an Pushbacks beteiligt gewesen. Das Bundesinnenministerium bestreite jedoch jegliche Verantwortung und verweise auf die Frontex-Operation „Poseidon“, in deren Rahmen sie den griechischen Behörden unterstellt sei.

Mare Liberum spricht von Pushbacks als dem „alltäglichen Modus Operandi“ in der Ägäis, systematische Menschenrechtsverletzungen und eklatante Gewalt seien längst Normalität geworden. Im Jahr 2020 seien über 1000 Menschen an den EU-Außengrenzen gestorben.

Mare Liberum: Pushback-Report 2020

UNHCR: UNHCR warnt vor Angriffen auf das Asylrecht an Europas Grenzen

Tagesschau: EU-Behörde ermittelt gegen Frontex

## Aktuelles zu Abschiebungen aus Deutschland

In einer Pressemitteilung am 11.02.2021 fordern wir als Flüchtlingsrat NRW den sofortigen Abschiebungsstopp nach Afghanistan. Aufgrund der nach wie vor höchst volatilen Sicherheitslage und vor dem Hintergrund der Coronapandemie seien Abschiebungen dorthin in keinem Fall zu verantworten. Sowohl der VGH Baden-Württemberg (A 11 S 2042/20) als auch das OVG Bremen (1 LB 258/20) haben entschieden, dass Abschiebungen aufgrund der gravierenden Verschlechterung der humanitären Lage in Afghanistan nicht vertretbar sind. Afghanistan wurde auf der Website des Auswärtigen Amtes am 21.02.2021 als Risikogebiet ausgewiesen, bis dahin war das Land als Hochinzidenzgebiet eingestuft worden. Das Gesundheitssystem sei unzureichend. Am 09.02.2021 fand jedoch, auch unter Beteiligung NRWs, wieder eine Sammelabschiebung nach Kabul statt, wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland am 10.02.2021 berichtete. Um abgelehnte Afghaninnen gezielter beraten zu können, stellt PRO ASYL eine Checkliste bereit, in der alle relevanten Informationen erfragt werden. So soll Anwältinnen ermöglicht werden, Interventionsmöglichkeiten zu erkennen. Zudem kann die Liste auch für Ehrenamtlerinnen hilfreich sein.

Auch grundsätzlich bleibt NRW Abschiebungen betreffend bei seinem harten Kurs. Dies zeigt sich unter anderem deutlich an dem einleitenden Kommentar des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) auf der eigenen Website zum Rechtsgutachten des Konstanzer Professors Daniel Thym zu Möglichkeiten, Gefährderinnen und Straftäterinnen auch in Länder mit schlechter Sicherheitslage und verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Syrien, abzuschicken: „Selbstverständlich würden wir auch gerne syrische Straftäter und Gefährder abschieben“. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung, die Daten für die Jahre 2014 bis 2019 beruhend auf Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Fraktion Die Linke zusammengetragen hat, finden jährlich jeweils die meisten Abschiebungen aus Nordrhein-Westfalen statt.

Auch in andere Länder strebt NRW mehr Abschiebungen an. So führt seit Oktober 2020 auf Einladung der Zentralen Ausländerbehörde Essen eine sogenannte „Expertendelegation“ aus Guinea Anhörungen durch, um bei der Identifizierung vermutlich guineischer Staatsbürgerinnen zu helfen. Wie Flüchtlingsminister Joachim Stamp in einem Schreiben am 09.12.2020 mitteilte, handele es sich bei der Delegation um Gesandte im offiziellen Auftrag der Republik Guinea, die ermächtigt sind, Passersatzpapiere auszustellen. Die Vorgehensweise verbessere den Vollzug der Ausreisepflicht und beruhe auf dem deutsch-guineischen Migrationsabkommen von 2018. Wie aus der Antwort der Bundesregierung am 15.12.2020 auf die Kleine Anfrage von Ulla Jelpke MdB u.a. zur Praxis von Botschaftsanhörungen zur Passersatzbeschaffung hervorgeht, wurden seit Inkrafttreten des Abkommens bis zum 31.10.2020 40 Personen nach Guinea abgeschoben. In Guinea halten seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen am 18.10.2020 gravierende Menschenrechtsverletzungen an. Amnesty International berichtete auf ihrer Website am 15.12.2020 von gewaltsamen Angriffen auf Protestierende und mindestens 16 Toten durch guineische Sicherheitskräfte. Darüber hinaus gibt es laut der Guinee-Solidaire Organisation Hamburg e.V. erneut bestätigte Ebola-Fälle im Land, die nationale Gesundheitsbehörde spreche bereits von einer Epidemie. Aus diesem Grund forderte der Verein am 15.02.2021 auf seiner Facebook-Seite einen Abschiebestopp nach Guinea.

Auch auf Bundesebene kommt es vermehrt zu Abschiebungen in Länder, in die bisher nur wenig abgeschoben wurde. Am 27.10.2020 wurden zehn Menschen durch einen Sammelcharterflug nach

Äthiopien abgeschoben, wie die Bundesregierung als Antwort auf eine Kleine Anfrage von Ulla Jelpke MdB u.a. zu Abschiebungen nach Äthiopien am 19.01.2021 mitteilte. Wie die Frankfurter Rundschau am 31.12.2020 berichtete, wurde am 28.12.2020 eine junge, alleinstehende und schwer traumatisierte Frau nach Äthiopien abgeschoben. Ihr besorgniserregender physischer und psychischer Zustand sei mehrfach ärztlich attestiert worden. Sie habe zudem einen Selbstmordversuch unternommen. Seit Monaten herrscht im Land ein gewaltsamer Konflikt zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der Region Tigray. Das ZDF berichtete am 19.02.2021 von 60.000 Menschen, die vor den Auseinandersetzungen fliehen, die humanitäre Lage sei verheerend.

[Flüchtlingsrat NRW: Pressemitteilung – Abschiebungen nach Afghanistan sind unverantwortbar!](#)

[Redaktionsnetzwerk Deutschland: Weitere Sammelabschiebungen nach Afghanistan](#)

[VGH Baden-Württemberg: Urteil vom 17.12.2020 \(A 11 S 2042/20\)](#)

[OVG Bremen: Urteil vom 22.09.2020 \(1 LB 258/20\)](#)

[Auswärtiges Amt: Afghanistan: Reise- und Sicherheitshinweise](#)

[PRO ASYL: Checkliste für abgelehnte Afghaninnen](#)

[MKFFI: Rechtsgutachten über die Anforderungen für Rückführungen insbesondere von Gefährdern in Länder mit schlechter Sicherheitslage und verbreiteten Menschenrechtsverletzungen](#)

[Bpb: Abschiebungen in Deutschland](#)

[Mündlicher Bericht des Ministers für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Identitätsfeststellungen durch eine guineische Delegation in Essen](#)

[Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a.: Praxis von Botschaftsanhörungen zur Passersatzbeschaffung und menschenrechtlichen Situation in Guinea](#)

[Amnesty International: Guinea: Defense and security forces killed people in pro-opposition neighbourhoods after presidential election](#)

[Guinee-Solidaire Organisation Hamburg e.V.: Abschiebestopp nach Guinea!](#)

[Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a.: Abschiebungen nach Äthiopien](#)

[Frankfurter Rundschau: Abschiebeskandal um Mimi T.: Ein Alptraum wird wahr](#)

[ZDF: Hilfsorganisationen warnen. Tigray-Flüchtlinge oft ohne Wasser und Essen](#)

Fragebogenaktion zur Unterbringung von Flüchtlingen in NRW

Die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in den Kommunen NRWs ist sehr vielfältig und reicht von der Unterbringung in großen Sammelunterkünften mit gemeinschaftlich genutzten Küchen und

Bädern bis zur Möglichkeit des Wohnens in Privatwohnungen. Dabei haben sich die Bedingungen in den letzten Jahren aufgrund gestiegener Flüchtlingszahlen, zunehmend begrenzter Ressourcen an bezahlbarem Wohnraum und zuletzt der Corona-Pandemie stark verändert. Viele Kommunen haben mittlerweile Konzepte für eine nachhaltige Planung entwickelt und haben dabei auch neue Wege eingeschlagen. So habe beispielsweise der Kölner Stadtrat am 04.02.2021 beschlossen, alle Gemeinschaftsunterkünfte bis 2025 aufzulösen, wie der Kölner Flüchtlingsrat in einer Pressemitteilung am 05.02.2021 berichtete.

Wir als Flüchtlingsrat NRW möchten eine Broschüre erstellen, die einen umfassenden Einblick in die Unterbringungslandschaft in NRW gewähren, Entwicklungen dokumentieren und good practice aufzeigen soll. Zu diesem Zweck veranstalten wir eine Fragebogenaktion zur Unterbringung von Flüchtlingen in NRW. Initiativen, Kommunen und Einrichtungen sind eingeladen, in Fragebögen über die generelle Unterbringungssituation in der Kommune sowie über einzelne Gemeinschaftsunterkünfte Auskunft zu geben.

Engagierte in der Flüchtlingsunterbringung können bis Ende März an der Umfrage teilnehmen. Die Fragebögen sind detailreich und eventuell liegen nicht alle Informationen vor. Hier sei auf die Möglichkeit hingewiesen, über Fraktionen Anfragen im Stadt- oder Gemeinderat stellen zu lassen. Doch der Umfang der Fragebögen soll nicht abschrecken – auch nur teilweise oder lückenhaft ausgefüllte Bögen sind hilfreich für uns! Die Auswertung der Daten erfolgt selbstverständlich datenschutzkonform. Bitte senden Sie die Fragebögen per Post oder als E-Mail an uns zurück. Über die Emailadresse steht ihnen zudem Charlotte Schwalb, unsere externe Ansprechpartnerin für die Fragebögen bei Rückfragen gerne zur Verfügung. Vielen Dank für Ihr Mitwirken!

[Fragebogen Teil 1](#)

[Fragebogen Teil 2](#)

Emailadresse: [projektunterbringung@fnnrw.de](mailto:projektunterbringung@fnnrw.de)

[Pressemitteilung des Kölner Flüchtlingsrats zum Stadtratsbeschluss zur Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte](#)

Appell: Digitale Teilhabe gewährleisten!

Für das Ankommen und die Teilhabe von Flüchtlingen ist der ungehinderte Zugang zum Internet von herausragender Bedeutung. Gleichwohl sind der Ausbau von funktionierenden WLAN-Netzen in Sammelunterkünften und die Ausstattung mit digitalen Endgeräten in den letzten Jahren nicht oder nur unzureichend vorangetrieben worden. Während der Corona-Pandemie werden die negativen Auswirkungen besonders deutlich.

Wir als Flüchtlingsrat NRW appellieren daher an die NRW-Landesregierung sowie an Entscheidungsträgerinnen in den Kommunen NRWs, die digitale Teilhabe für Flüchtlinge durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten. Dies umfasst:

- Flüchtlingen in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften umgehend und flächendeckend einen leistungsstarken und kostenfreien WLAN-Zugang zur Verfügung zu stellen sowie
- sicherzustellen, dass Flüchtlinge Zugang zu benötigten digitalen Endgeräten samt Zubehör haben und Sammelunterkünfte entsprechend ausgestattet werden. Schulcomputer sind grundsätzlich als sozialrechtliche Hilfebedarfe anzuerkennen.

Wir freuen uns über eine breite zivilgesellschaftliche Unterstützung für den Appell. Einzelpersonen, Initiativen, Organisationen und Verbände können ihn noch bis zum 31.03.2021 unterzeichnen.

Zur Unterstützung der flüchtlingspolitischen Arbeit vor Ort haben wir zusätzlich einen Musterbrief verfasst. Initiativen und engagierte Einzelpersonen können ihn gerne in dieser oder angepasster Form verwenden, um Entscheidungsträgerinnen in der lokalen Politik und Verwaltung selbst zur Gewährleistung digitaler Teilhabe von Flüchtlingen aufzufordern.

*[Flüchtlingsrat NRW: Appell: Digitale Teilhabe gewährleisten!](#)*

*[Flüchtlingsrat NRW: Musterbrief: Digitale Teilhabe für Flüchtlinge gewährleisten!](#)*

## Termine

**Online-Podiumsdiskussion**, 03.03.2021: Deutsch-Maghrebinische Gesellschaft/Gustav-Stresemann-Institut: „10 Jahre arabischer Frühling-Versuch einer Bilanz unvollendeter Revolten“. 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldungen auf [Gustav-Stresemann-Institut](#).

**Online-Seminar**, 04.03.2021: Multikulturelles Forum e.V.: „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Kontext Flucht (online)“. 10:00 – 12:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Multikulturelles Forum e.V.](#)

**Online-Kurzschulung**, 04.03.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Die Duldung“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Telefon-Theater**, 04.03.2021: Asta der Universität Duisburg-Essen: „Die Mittelmeer-Monologe“. 18:30 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen bei [Wort und Herzschlag](#), Anmeldung über [orga@wort-und-herzschlag.de](mailto:orga@wort-und-herzschlag.de).

**Online-Schulung**, 10.03.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Basisseminar Asylrecht“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 11.03.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Finanzierungsmöglichkeiten in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 16.03.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Kommunikation mit Behörden“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Lesung**, 16.03.2021: Integrationsagentur/Impulsbüro Respekt & Demokratie der AWO, Unterbezirk Dortmund: „Der weisse Fleck – Eine Anleitung zum antirassistischen Denken“. 18:30 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen bei [AWO Dortmund](#), Anmeldung über [l.berentzen@awo-dortmund.de](mailto:l.berentzen@awo-dortmund.de).

**Telefon-Theater**, 18.03.2021: Seebrücke und Mission Lifeline: „Die Mittelmeer-Monologe“. 18:30 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen bei [Wort und Herzschlag](#), Anmeldung über [orga@wort-und-herzschlag.de](mailto:orga@wort-und-herzschlag.de).

**Telefon-Theater**, 22.03.2021: Seebrücke und Mission Lifeline: „Die Mittelmeer-Monologe“. 18:30 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen bei [Wort und Herzschlag](#), Anmeldung über [orga@wort-und-herzschlag.de](mailto:orga@wort-und-herzschlag.de).

**Online-Schulung**, 24.03.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Konstrukt „sichere Herkunftsstaaten“ – Hintergründe und Auswirkungen auf Betroffene“. 17:00 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Veranstaltung**, 25.03.2021: Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe/Transfernetzwerk Soziale Innovation – s\_inn: „Argumentieren gegen Rassismus“. 16:00 Uhr – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Transfernetzwerk Soziale Innovation](#).

**Online-Seminar**, 25.03.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Pressearbeit für Flüchtlingsinitiativen“. 17:30 – max. 21:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

\* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

[www.frnw.de](http://www.frnw.de)

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum